



Inhalt:

Was soll das neue Schulgesetz beinhalten?.....Seite 2

Mehr Wohnraum für Flüchtlinge schaffen..... Seite 2

Experten diskutieren über die NHG-Novelle.....Seite 3

Spannende Debatten und Anträge: Schüler nehmen am Zukunftstag teil.....Seite 4

*Liebe Leserin,
Lieber Leser*

als Mitglied der SPD-Landtagsfraktion habe ich mich in den vergangenen Wochen und Monaten für das neue Schulgesetz stark gemacht, das im Juni im Landtag verabschiedet werden soll. Unser Ziel: Die Bildungschancen aller Kinder in Niedersachsen erhöhen – davon profitieren die Schülerinnen und Schüler, deren Eltern und die Lehrerinnen und Lehrer. In dem Gesetz wollen wir einen verstärkten Inklusionsprozess verankern, die Gleichstellung der Integrierten Gesamtschulen, den Ausbau von Ganztagschulen, die Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren und die Abschaffung der Schullaufbahnpflicht. Damit wir als Politiker nichts über die Köpfe der Betroffenen hinweg entscheiden, diskutieren wir den Gesetzentwurf seit zwei Monaten bei Diskussionsveranstaltungen überall im Land. In Laatzten und in Sehnde erhielt das Gesetz gute Noten von den Schulleitern, die an der Diskussion teilnahmen. Am 6. Mai möchte ich das Gesetz mit euch in Pattensen diskutieren! Außerdem war ich in den vergangenen Wochen als wissenschaftspolitische Sprecherin unserer Landtagsfraktion viel im Land unterwegs und habe mir Projekte angeschaut und Gespräche im Rahmen eines weiteren wichtigen Gesetzesvorhabens geführt: der Hochschulgesetznovelle. Unsere Landtagsfraktion hat zudem noch einmal klargestellt, dass sie sich für eine Erdverkabelung der SüdLink-Trasse einsetzt. Dieses und weitere Themen finden Sie/ findet Ihr in der neuen Ausgabe der Lesezeit.

Ihre und Eure
Silke Lesemann

Gute Noten für Schulgesetz

Lesemann diskutiert mit Schulexperten aus Laatzten und Sehnde



Die beiden SPD-Landtagsabgeordneten Silke Lesemann (links) und Stefan Politze (rechts) diskutieren mit Friederike Otte (2. von links) und Stefanie Bernhagen in Laatzten über das neue Schulgesetz.

Anfang Juni entscheidet der niedersächsische Landtag über das Bildungschancengesetz der rot-grünen Regierung. Doch was bringt das neue Schulgesetz? Darüber diskutierte die SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Silke Lesemann mit Experten aus Schulen in Sehnde und Laatzten.

Grundpfeiler des neuen Bildungschancengesetzes sind die Verbesserung des Ganztags schulbetriebs, die Abschaffung der Schullaufbahnpflicht nach der Grundschule, die Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren und die



Wir sind sehr dankbar - dadurch wird es an unserer Schule wieder menschlicher.

Petra Behre, Rektorin Grundschule Sehnde

Stärkung der Integrierten Gesamtschulen. „Unser neues Schulgesetz ist angepasst an die heterogene Schullandschaft. Wir stehen für Vielfalt und gleiche Bildungschancen für Alle“, so die SPD-Landtagsabgeordnete Silke Lesemann. Die Reaktionen auf das neue Schulgesetz der SPD-geführten Landesregierung waren sowohl in Laatzten und als auch in Sehnde positiv. Die Rektorin der Grundschule Breite Straße in Sehnde, Petra Behre, begrüßte die Abschaffung der Laufbahnpflicht nach der Grundschule: "Dadurch wird es an unserer

Schule wieder menschlicher."

Die Schulleiter lobten vor allem die Rückkehr zum Abitur nach 13 Schuljahren. "Das fördert die Durchlässigkeit des Schulsystems und außerdem haben die Kinder wieder mehr Zeit für andere Dinge", sagte Carsten Milde, Schulleiter KGS Sehnde. Stefanie Bernhagen von der Grundschule im Langen Feld (Laatzten) glaubt, dass viel Leistungsdruck von den Schultern der Schüler genommen wird: "So können Inhalte auch wieder vertieft werden."

Die Möglichkeit, einfacher eine integrierte Gesamtschule (IGS) zu gründen, sei ein weiterer Vorteil. "In einem vielfältigen Umfeld lernen die Schüler besser", so Mil-

de. Auch deshalb sei das neue Gesetz "kein alter Wein in neuen Schläuchen", wie Friederike Otte, didaktische Leiterin der Albert-Einstein-Schule betonte. Besonders die Bemühungen im Rahmen der Inklusion wurden als notwendig erachtet: "Bei uns fehlt es an allen Ecken und Enden an Personal", so Bernhagen. Renate Behre machte deutlich, dass Niedersachsen sich erst am Anfang auf dem Weg zur inklusiven Schule befinde: "Das ist der erste Schritt." Die Dialogveranstaltung in Pattensen, 6. Mai, steht noch aus.

Weiter auf Seite 2

Was ist neu am Schulgesetz und wann wird es verabschiedet?

Derzeit wird das neue Schulgesetz unter anderem im Kultusausschuss intensiv diskutiert. Im Juni wird dann der niedersächsische Landtag über das Bildungschancengesetz entscheiden. Darum geht es:

Stärkung der Ganztagschulen:

Die Ausstattung der 1.200 Ganztagschulen in Niedersachsen wird verdreifacht. So kann echter Ganztagsbetrieb gewährleistet werden.

Rückkehr zum Abitur 13 Jahren

Das neue Schulgesetz bedeutet auch das Ende für das Turbo-Abitur. Künftig werden niedersachsens Schüler das Abitur wieder nach 13 Jahren machen. Dies ermöglicht mehr Durchlässigkeit und Lernzeit.

Projekt beeindruckt die Landtagsabgeordneten

Als hochschulpolitische Sprecherin ist Silke Lesemann viel im Land unterwegs. Kürzlich besuchte sie auf Einladung von Bernd Lynack Hildesheim. Neben einem Rundgang an der Universität stand auch ein Gespräch bei der VHS auf dem Programm. Das Hildesheim Lehrkonzept „Globales Lernen“ beeindruckte die Abgeordneten besonders. „Dieses Modellprojekt ist ein Leuchtturm und vereint Bildung und Integration auf vorbildliche Weise“ so die SPD-Landtagsabgeordnete Silke Lesemann. Die Mitglieder des SPD-Arbeitskreises Wissenschaft und Kultur konnten sich am Kulturcampus der Universität Hildesheim über die hervorragenden Bedingungen für Studierende und Lehrende überzeugen.

Abschaffung der Laufbahnpflicht:

Die Laufbahnpflicht nach der Grundschule wird abgeschafft. Stattdessen sollen zwei verbindliche Elterngespräche Klarheit für Eltern und Schulträger schaffen. Künftig werden keine Schüler mehr vorzeitig aussortiert.

IGS wird ersetzende Schulform:

Die integrierte Gesamtschule (IGS) wird mit den anderen Schulformen gleichgesetzt und kann zukünftig ohne große Hürden eingerichtet werden. Dabei zählt einzig und allein der Elternwille.

Inklusion:

1,3 Milliarden Euro investiert die Regie-

rung bis 2018 in inklusive Bildung. Künftig sollen auch Kinder mit Behinderung am Regelunterricht teilnehmen können. Für die vorhandene Förderschulen „Sprache“ Sprachheilklassen an Förderschulen und allgemeinbildenden Schulen gilt dabei ein Bestandsschutz.

Was bringt das neue Schulgesetz für Pattensen? (6. Mai)

Darüber diskutieren die SPD-Landtagsabgeordnete Silke Lesemann, Marita Kappeler (Calenberger Schule), und Daniela Rump (Landeschülerrat) am 6. Mai ab 18 Uhr im Calenberger Hof, Göttinger Str. 26.



Zu Gast in Hildesheim: Auf dem Programm stand unter anderem der Besuch der Volkshochschule.

Container sind keine Lösung: Mehr Wohnraum für Flüchtlinge

Die SPD-Landtagsfraktion fordert ein Bauprogramm des Landes für Sozialwohnungen: „Wir brauchen in Laatzen, Pattensen und Sehnde dringend Wohnraum. Wenn wir von einer Willkommenskultur reden, dann müssen wir auch entsprechend handeln. Flüchtlinge in Wohnheimen oder gar Containern unterzubringen, wird ihnen nicht gerecht“, erklärt die SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Silke Lesemann.

Ihr gesamter Wahlkreis stehe vor der Herausforderung, Flüchtlinge menschengerecht unterzubringen. Gerade ist die Zahl der Zuweisungen noch mal gestiegen. Für einige niedersächsische Kommunen sei die Unterbringung bereits heute nur durch die Bereitstellung

von Wohncontainern oder durch Anmietung von Hotels oder Belegung von Turnhallen möglich. „Wohncontainer sind aber keine Lösung – und teuer sind sie auch noch: Die Unterbringung kostet rund 540 Euro pro Person“, rechnet Lesemann aus. „Wir brauchen ein nachhaltiges Programm. Deshalb fordern wir, sozialen Wohnraum zu bauen, den Kommunen für die Unterbringung von Flüchtlingen aber auch anderweitig nutzen können.“

Die Finanzierung kann nach Überzeugung der SPD-Fraktion einfacher organisiert werden: Ähnlich wie bei der Studentenwohnraumförderung könne das Innenministerium einen zusätzlichen Beitrag zur Förderung von Wohnungen für Flüchtlinge im revolvingenden Wohn-

raumförderfonds des Landes Niedersachsen bereitstellen. Mit diesem Betrag könne dann eine Darlehensförderung zur Schaffung von Wohnraum für Asylsuchende konzipiert werden, der den Kommunen auch nachhaltig als sozialer Wohnraum zur Verfügung steht. Der Vorschlag sei also für alle Beteiligten ein Gewinn. Für die Flüchtlinge, die in Wohnungen lebenswert und integrationsgerecht untergebracht würden; für die Kommunen, die bei der Unterbringung in vom Land geförderten sozialen Wohnungen langfristig Geld sparen; und auch für die Städte und Gemeinden, die nachhaltig neuen sozialen Wohnraum zur Verfügung haben und damit angespannte Wohnungsmärkte entlasten können.

Wie können Studenten künftig mehr mitbestimmen?



Derzeit überarbeitet die rot-grüne Landesregierung das Niedersächsische Hochschulgesetz. Studentische Vertreter wie die Juso-Hochschulgruppe der Universität Hannover beäugen die Reformvorhaben kritisch. Ihnen geht es vor allem um die studentische Mitbestimmung. Wie die niedersächsischen Universitäten demokratischer werden können, darüber diskutierte die wissen-

schaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Silke Lesemann mit Sandro Philippi, Mitglied des Bundesvorstandes Freier Zusammenschluss von Studentinnenschaft (zfs) und Silke Hansmann, Landeskoordinatorin der Juso Hochschulgruppen. "Studenten müssen mehr in die Entscheidungsprozesse der Universität eingebunden werden", fordert Lesemann.

Mehr Mitbestimmung und Gute Arbeit: Experten diskutieren über NHG-Novelle

Wie soll das künftige Hochschulgesetz in Niedersachsen aussehen? Wo lauern Probleme und was muss das neue Gesetz leisten? Darüber wurde beim Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie im SPD-Fraktionssaal des Niedersächsischen Landtags diskutiert und dabei auch der Blick über die Landesgrenze gewagt.

Anknüpfend an die erste Dialogrunde im Januar präsentierte der Staatssekretär im Wissenschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen, Dr. Thomas Grünewald, die Praxiserfahrungen aus den ersten sechs Monaten Hochschulzukunftsgesetz in dem von SPD und Grünen regierten Bundesland. „Der Staat hat eine Gestaltungsverantwortung gegenüber den Hochschulen“, betonte der Staatssekretär.

Das neue Hochschulzukunftsgesetz in Nordrhein-Westfalen besteht im Wesentlichen aus vier Aspekten und hat aufgrund seiner Aktualität eine Art Vorbildcharakter. Erstens sollen die Hochschulen einem breiteren Personenkreis das Studium ermöglichen. „Die Studierenden werden immer vielfältiger. Darauf müssen die Hochschulen reagieren“, so Grünewald. Weiterhin soll die Demokratie an den Hochschulen gestärkt werden. „Der Senat erhält deutlich mehr



Dr. Thomas Grünewald, Staatssekretär im Wissenschaftsministerium Nordrhein-Westfalen, erläuterte das Hochschulzukunftsgesetz seines Landes.

Kompetenzen und ist künftig auch an der Wahl der Hochschulleitung beteiligt“, erklärt Grünewald.

In Sachen Transparenz sollen Öffentlichkeit und Politik mehr Einblicke bekommen, wofür die Hochschulen Drittmittel verwenden - besonders bei sicherheitsrelevanten Themen. Schließlich sollen gute Arbeitsbedingungen an Hochschulen auf einen Gesetzesrang gehoben werden. „In Sachen Gute Arbeit müssen wir die dicksten Bretter bohren. Deshalb soll gemeinsam mit den Hochschulen ein Rahmenkodex für Gute Arbeit erarbeitet werden“, erklärte Grünewald.

Die Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen seien positiv, auch wenn die Verhandlungen mit den Hochschulen nur schrittweise vorangehen. „Dies ist aber nicht schlecht. Regeln müssen miteinander vereinbart werden, damit sie am Verhalten der Hochschulen auch etwas än-

SPD bekennt sich zur Erdverkabelung



Die Rot-Grüne Regierungskoalition in Niedersachsen hat sich noch einmal klar für eine Erdverkabelung der SüdLink-Trasse ausgesprochen. Wie Silke Lesemann noch einmal betonte, solle die Möglichkeit der Erdverkabelung bereits im Antragsverfahren berücksichtigt und somit in die Trassenplanung einbezogen werden.

„Unsere Haltung dazu ist eindeutig und sie hat sich immer in unseren Anträgen im Landtag und in den Bundesratsinitiativen widerspiegelt“, betont Lesemann. Ihre Fraktion hofft auf erste Ergebnisse im Mai, eine Anhörung im zuständigen Unterausschuss ist für diesen Monat vorgesehen.

Lesemann wies darauf hin, dass die technische Umsetzbarkeit einer Erdverkabelung von Höchstspannungsgleichstromtrassen nicht länger bestritten werde – weder vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie noch vom Übertragungsnetzbetreiber oder der Bundesnetzagentur. „Insofern ist keine erneute wissenschaftliche Forschung zu diesem Thema notwendig. Die Forderung von CDU und FDP nach einer wissenschaftlichen Untersuchung, die die Machbarkeit einer Erdverkabelung untersucht, ist schlicht ein taktisches Manöver zur Verhinderung einer Erdverkabelung“, sagt Lesemann.

dern“, sagte Grünewald.

Dr. Andrea Lange-Vester legte im Anschluss die Forderungen des DGB-Niedersachsen an das neue Hochschulgesetz dar: „Wir müssen weg von der unternehmerischen Hochschule. Universitäten sind ein Ort der Bildung.“ Ihre Forderungen: Die prekären Arbeitsbedingungen an Hochschulen müssen beendet werden. Es müsse deutlich weniger befristete Stellen geben. „Für Daueraufgaben sollte es auch Dauerstellen geben“, betonte Lange-Vester.

IMMER FÜR SIE DA



Abgeordnetenbüro Lesemann
Mitarbeiter: Christian Degener



Odeonstraße 15/16
30159 Hannover



Telefon:
0511 1674342



[www.facebook.com/
silke.lesemann](http://www.facebook.com/silke.lesemann)



[www.silke-
lesemann.de/](http://www.silke-lesemann.de/)



[Info@silke-
lesemann.de](mailto:Info@silke-lesemann.de)



Impressum

Lesezeit April 2015
V.i.S.d.P.: Silke Lesemann
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
Redaktion und Layout:
Christian Degener, Sascha
Priesemann

Anträge und Debatte: Schüler nehmen am Zukunftstag der SPD-Fraktion teil



Rund 70 Jugendliche aus ganz Niedersachsen nahmen am Zukunftstag der SPD-Landtagsfraktion teil.

Einen Tag lang in die Rolle eines Landtagsabgeordneten schlüpfen - diese Möglichkeit haben fünf Schülerinnen und Schüler aus Laatzen und Sehnde im Rahmen des Zukunftstages der SPD-Landtagsfraktion wahrgenommen. Eingeladen hatte sie die für Laatzen zuständige SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Silke Lesemann. Nach der Begrüßung durch Grant Hendrik Tonne, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, organisierten sich die jungen Abgeordneten in Fraktionen und überlegten als Parlamentarier für einen Tag gemeinsam, diskutiert, verhandelt und Anträge beschlossen, die am Nachmittag im Plenum des Landtages disku-

tiert worden sind. Zentrales Thema: die Bildungspolitik des Landes. So erfuhren die Schülerinnen und Schüler, dass die Rot-Grüne Landesregierung heute und in den nächsten Jahren mehr als eine Milliarde Euro zusätzlich für die Bildung ausgeben wird.

Lesemann freute sich über das Interesse der jungen Abgeordneten an der Landespolitik. „Der Zukunftstag ist eine gute Gelegenheit, jungen Menschen die parlamentarische Demokratie näher zu bringen“, sagte Lesemann. Darleen Krone gefiel die Diskussion zum Thema Schule am besten, ihr liegen die Klassenfahrten am Herzen: „Ich habe argumentiert, dass es mehr Ausflüge geben sollte“.

Sehnde erhält weiter EU-Gelder aus ILE-Mitteln

Gute Nachrichten aus Hannover: Wie die Sehnder Landtagsabgeordnete Dr. Silke Lesemann heute (Donnerstag) mitteilte, erhält die Stadt auch weiterhin EU-Gelder aus den sogenannten ILE-Mitteln (Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept).

Die Fördermittel bekommt die Stadt gemeinsam mit den Gemeinden Algermissen, Harsum und Hohenhameln, die seit 2006 als sogenannte Börderegion zusammenarbeiten. Die Kommunen entwickeln mit Hilfe der EU-Gelder gemeinsam Strategien und Projekte, um die Region als lebenswerte Heimat für ihre Bewohner und als attraktiven Standort für die regionale Wirtschaft zu sichern.

Lesemann freut sich über die guten Nachrichten: „Das landkreisübergreifende Projekt hat sich bewährt, ich freue mich sehr über die weitere Förderung der ILE-Börderegion. Jeder Euro zählt, damit

wir unsere Dörfer auch in den kommenden Jahren als attraktives Wohn- und Arbeitsumfeld erhalten können und den demografischen Wandel meistern können“. Eine wichtige Zielgruppe sei die wachsende Zahl älterer Mitbürger, für die geeignete Wohn-, Versorgungs- und Mobilitätsangebote geschaffen werden müssten.

Die Höhe der neuen Fördersumme steht noch nicht fest, sie richtet sich nach den Fortschritten der einzelnen Projekte und wird entsprechend beantragt.

Die neue Förderperiode geht bis 2020. In Zukunft können beispielsweise die Sanierung eines Dorfplatzes, die Einrichtung eines neuen Dorfladens, Restaurierungen und Umnutzung von historischen Gebäuden, Naturschutzprojekte, oder auch Hilfe für Unternehmensgründungen in den Regionen gefördert werden.